

## » Stalins Schatten an der Saar

### Teil 3: Die Spaltung der saarländischen Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes VVN

Von Erich Später

Im Teil 1 (Heft Nr. 130) wurde die Entwicklung der Kommunistischen Partei Saar (KPS) vom Ende der 1920er-Jahre bis zum Jahr 1952 beschrieben. Schwerpunkte sind das Jahr 1935, Verfolgung und Exil in der Zeit der NS-Diktatur, ihre Neugründung 1946 und die Wendung der Partei zum deutschen Nationalismus, begleitet vom massenhaften Ausschluss der »Parteifeinde«.

In der darauffolgenden Ausgabe der Hefte handelt Teil 2 vom »Nationalen Befreiungskampf des deutschen Volkes« gegen den US-Imperialismus und »seinen Marionetten in Bonn und Saarbrücken«, den die Saarkommunisten verkünden. Die KPS wurde von der SED (Staatspartei der DDR) kontrolliert und folgte den politischen Vorgaben aus Ost-Berlin. »Deutsch ist die Saar« war die zentrale Losung der Partei im saarländischen Landtagswahlkampf 1952. Das angestrebte Bündnis mit früheren Nazis, Wehrmachtsoffizieren und Industriellen konnte nur durch den Ausschluss aller innerparteilichen Kritiker dieser Politik und durch ihre Verdammung als Parteifeinde durchgesetzt werden.

Am 19. Juni 1952 verurteilt das Amtsgericht Neunkirchen den kommunistischen Stadtverordneten Karl Spiegel wegen übler Nachrede zulasten des ehemaligen Ehrenvorsitzenden der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Saar (SPS) und Arbeitsminister der saarländischen Republik Richard Kirn zu einer Gefängnisstrafe von vier Wochen auf Bewährung und einer Geldbuße von 20.000 Franc. Spiegel hatte, laut der kommunistischen Tageszeitung *Neue Zeit* (NZ vom 21. Juni 1952) im Herbst 1951 auf einer öffentlichen Veranstaltung in Illingen behauptet, dass Kirn während seiner Gestapo-Haft 1942 im Saarbrücker Gefängnis Lerchesflur der Folter nicht standgehalten habe und Aussagen getätigt habe, die zur Verhaftung von etwa 50 Sozialdemokraten und Kommunisten geführt habe. Dies ergäbe sich aus der Anklageschrift wegen Vorbereitung zum Hochverrat vor dem II. Senat des Volksgerichtshofes am 12. April 1943, der Kirn zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt hatte.

Richard Kirn, der seit Anfang 1950 in der kommunistischen Tageszeitung *Neue Zeit* und von KP-Funktionären als »Verräter« und

»Gestapo-Spitzel« bezeichnet wurde, hatte Privatklage gegen Spiegel eingereicht, um der Difffamierung seiner Person auch juristisch Einhalt zu gebieten. Das Gericht hatte Zeugen gehört, Akten geprüft und war zu dem Urteil gekommen, dass durch Aussagen Kirns gegenüber der Saarbrücker Gestapo kein NS-Gegner zu Schaden kam. Kirn habe vielmehr unter der Folter Tatsachen bestätigt, von denen er zu Recht annahm, dass diese der Gestapo bereits bekannt waren. Die »Rote Armee« hatte ihn am 27. April 1945 aus dem Zuchthaus Brandenburg-Görden befreit. Er wog noch 50 kg und litt an Skorbut.

Der Prozess hatte im Saarland und darüber hinaus große öffentliche Beachtung gefunden. Kirn war als Vorsitzender der SPS und populärer Arbeitsminister in der Koalitionsregierung von SPS und Christlicher Volkspartei (CVP) von Ministerpräsident Johannes Hoffmann das linke Aushängeschild des autonomen Saarlandes. Die Vorwürfe des Verrats gegen ihn, die Anfang 1950 vom KP-Vorsitzenden Fritz Nikolay öffentlich gemacht wurden, waren Bestandteil des nationalen Befreiungskampfes der KP Saar gegen die verhassten Separatisten und Vaterlandsverräter

## Erster Landesdelegiertentag der VVN

Saarbrücken. — Am vergangenen Samstag und Sonntag fand in Saarbrücken der erste Landesdelegiertentag der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes statt. Landesvorsitzender Ratering, der wiederum einstimmig zum Vorsitzenden der VVN gewählt wurde, eröffnete die Tagung, zu der die kommunistische und sozialdemokratische Partei und die Regierung Vertreter entsandt hatten. Telegramme, die die Verbundenheit der Kämpfer gegen den nationalsozialistischen Terror zum Ausdruck brachten, waren aus Deutschland eingegangen und wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Nach einem kurzen Geschäfts- und Kassenbericht kam es zu einer verschiedentlich recht temperamentvollen, jedoch nichtsdestoweniger bereinigenden Diskussion, an der insbesondere der Ehrenvorsitzende der VVN, Kirn, der Landtagsabgeordnete Fritz Basel, der mehrfach durch starken Beifall unterbrochen wurde, und Senatspräsident Dr. Levy, sowie der erste Vorsitzende Ratering teilnahmen. Die Arbeitstagung der VVN hat bewiesen, daß es den konsequenten Kämpfern

gegen den nationalsozialistischen Terror, die in unserem Volk bedauerlicherweise eine Minderheit darstellten, keineswegs in allererster Linie und nur ausschließlich um die Anerkennung der ihnen gegenüber bestehenden materiellen Wiedergutmachungspflicht zu tun ist, obwohl das vom Landtag verabschiedete Wiedergutmachungsgesetz als keineswegs ausreichend bezeichnet werden kann.

Vielmehr betrachten die Verfolgten des Naziregimes ihre politischen Aufgaben, die sie sich im Kampf gegen die nationalsozialistische Unterdrückung, im Kampf um eine wahre Demokratie gestellt haben, als nicht gelöst. Es ist zu hoffen, daß nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die Regierung das notwendige Verständnis und Anerkennung für den selbstlosen Einsatz dieser Frauen und Männer findet, die in ihrem Kampf gegen den Terror, gegen den Krieg, für Frieden und Wohlstand kämpften, ohne Kerker und Schafott zu scheuen. Einen eingehenden Bericht über den Verlauf der Tagung bringen wir auf der 5. Seite dieser Ausgabe.

Neue Zeit vom 9. November 1948, Quelle: Stadtarchiv Saarbrücken

der saarländischen Republik. In der seit 1949 stattfindenden Jagd auf Agenten und Verräter in SED und KPD (BRD) war der Vorwurf der Zusammenarbeit mit der Gestapo und westlichen Geheimdiensten ein Instrument des Kampfes gegen Parteifeinde (siehe Teil 1, *Saarbrücker Hefte* Nr. 130). Der Versuch der KP-Führung, den Ehrenvorsitzenden der VVN moralisch und politisch zu vernichten, das war auch Nikolay und Genossen klar, musste zwangsläufig die 1948 gegründete VVN als demokratische Dachorganisation der saarländischen Widerstandskämpfer und NS-Verfolgten politisch zertrümmern.

### Die Gründung der VVN 1948

Bis zum Jahr 1947 gab es im Saarland verschiedene Organisationen von NS-Opfern, die lediglich provisorisch durch den französischen Hohen Kommissar anerkannt waren. Nach den ersten saarländischen Landtagswahlen 1947, der Verabschiedung der saarländischen Verfassung und der Bildung der Regierung Hoffmann / Kirn im Dezember des gleichen Jahres ergab sich die Notwendigkeit

der Gründung eines Dachverbandes – der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes« (VVN). Diese erfolgte am 11. April 1948 in Saarbrücken. Neben der Wahl von Richard Kirn zum Ehrenpräsidenten wurde auch der Vorstand der Vereinigung durch die Versammlung bestimmt. Vorsitzender wurde der Kommunist, Spanien-Kämpfer und ehemalige Häftling des Konzentrationslagers Dachau Erich Ratering.

Die im Juni 1946 wiedergegründete Synagogengemeinde Saar wurde durch deren Vorsitzenden Alfred Levy vertreten. Alfred Levy, der mit seiner Frau und den beiden Kindern 1935 nach Luxemburg und 1940 nach Frankreich floh, konnte dort mit seiner Familie dank eines verzweigten Netzwerks von Helfern im Untergrund überleben. Es war der im deutsch besetzten Europa herausragende Rettungswiderstand von Teilen der französischen Bevölkerung gegen die Vernichtung des jüdischen Volkes, dem er sein Leben verdankte. Von den 350.000 Juden, die 1940 in Frankreich lebten, wurden ca. 75.000 deportiert und ermordet. Fast 275.000 Menschen, einmalig im deutsch besetzten Europa, überlebten in der Illegalität. Levy kehrte mit anderen jüdischen Saarländern



Foto: Landesarchiv Saarbrücken,  
MI PA 316

Alfred Levy, geb. 1888 in Fraulautern, gilt als einer der Protagonisten des Wiederaufbaus des Justizwesens an der Saar sowie der jüdischen Gemeinde im Saarland nach dem Zweiten Weltkrieg. Von ihrer Gründung im Juni 1946 bis zu seinem Tod im Jahr 1962 bekleidete er das Amt des Vorsitzenden der neuen Synagogengemeinde Saar.

Seit der Gründung der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN) war er bis 1951 deren Vorstandsmitglied.

Er war Direktor am Saarbrücker Landgericht und Senatspräsident am Oberlandesgericht Saarbrücken. Zudem fungierte er als Mitglied der Verfassungskommission von 1947.

Quelle: [https://gedenkbuch.saarbruecken.de/fakten\\_und\\_erklarungen/juedische\\_persoenlichkeiten\\_an\\_der\\_saar/levy\\_alfred](https://gedenkbuch.saarbruecken.de/fakten_und_erklarungen/juedische_persoenlichkeiten_an_der_saar/levy_alfred)

1945/46 nach Saarbrücken zurück. Es war für viele dieser Überlebenden selbstverständlich, auch der VVN anzugehören. In seiner Rede vor den Delegierten der Gründungskonferenz erläuterte Richard Kirn vor allem die geplanten sozialpolitischen Leistungen und Entschädigungszahlungen der Hoffmann-Regierung an die Widerstandskämpfer und Verfolgten.

Das saarländische Wiedergutmachungsgesetz (WGG) wurde am 31. Juli 1948 durch den Landtag verabschiedet. In der Wahlperiode von 1947 bis 1952 waren 35 der insgesamt 59 Abgeordneten (also 59,3 Prozent) Verfolgte des NS-Regimes gewesen. Abgeordnete mit ehemaliger NSDAP-Mitgliedschaft in Parlament gab es keine. Das Land galt, so das Urteil des Historikers Armin Flender, mit seiner Rentenversorgung, seinen Unterhaltszuschüssen und beruflichen Reintegrationsansprüchen

für die Opfer des Nationalsozialismus als eines mit den besten Sozialleistungen in Europa. Bereits Ende 1947, noch vor der Verabschiedung des WGG, waren in der saarländischen Republik insgesamt 2.842 Personen als Opfer des Nationalsozialismus anerkannt.

Auch die politischen Ziele des Verbands wurden von allen politischen Strömungen unterstützt. Neben der Aufklärungsarbeit über die NS-Herrschaft sollten Unterlagen gesammelt werden, die Aufschluss geben konnten über das Schicksal der Opfer. Wenn möglich, sollten die sterblichen Überreste der ermordeten SaarländerInnen wieder in ihre Heimat überführt werden. Außerdem sollte die VVN sich für die Unterstützung der Ermittlungsbehörden bei der Verhaftung und Aburteilung von NS-Tätern einsetzen (Saarbrücker Zeitung vom 26. Juli 1948).

## Die erste Landesdelegierten-Konferenz

Über 200 Vertreter aus Orts- und Kreisvereinigungen der saarländischen VVN versammelten sich am 6. und 7. November 1948 zur ersten ordentlichen Landeskonferenz. Neben Richard Kirn war auch der saarländische Innenminister Heinz Braun, Bruder des 1945 im englischen Exil verstorbenen SPS-Führers Max Braun, anwesend. Die Mitarbeit von Kirn, Braun und vielen anderen Sozialdemokraten in der saarländischen VVN, die offiziell unabhängig von der VVN in westlichen und der östlichen Besatzungszone war, bedeutete auch eine Abgrenzung gegenüber der von Kurt Schumacher geführten SPD in den Westzonen. Diese lehnte den Austritt des saarländischen Landesverbandes aus der SPD ab und verurteilte die Gründung der saarländischen Republik als Separatismus. Zudem hatte die SPD-Führung unter Schumacher als Reaktion auf die Zwangsvereinigung von KPD und SPD in der Sowjetischen Besatzungszone zur SED im März 1946 die sozialdemokratischen Mitglieder der VVN in den Westzonen aufgefordert, die VVN zu verlassen, und am 6. Mai 1948 einen Unvereinbarkeitsbeschluss von SPD-Mitgliedschaft und Zugehörigkeit zur VVN verkündet.

Die ausgetretenen Sozialdemokraten gründeten ihren eigenen Verband – die »Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten«

(AVS). Noch 1949 gehörten in den Westzonen 17.000 SPD-Mitglieder der VVN an. Die saarländische SPS, die organisatorisch und politisch unabhängig von der Schumacher-SPD war, ignorierte den Unvereinbarkeitsbeschluss. Es war eine politische Demonstration der Einigkeit der saarländischen VVN sowie ein Akt von hoher symbolischer Bedeutung, dass mit dem Résistance-Kämpfer Karl Mössinger (SPS) ein hoher SPD-Funktionär aus den 1930er-Jahren und Weggefährte von Max Braun zum stellvertretenden Vorsitzenden der VVN gewählt wurde. Und in Saarbrücken, der größten VVN-Ortsgruppe, wird der SPS-Funktionär Josef Mildener zum Vorsitzenden.

### Die saarländischen Widerstandskämpfer und ihr Staat

Die am 15. Dezember 1947 verabschiedete saarländische Verfassung spiegelte den Geist radikalen politischen Neubeginns nach dem Ende der Nazi-Herrschaft wider. Die saarländischen Antifaschisten mussten sich allerdings der Tatsache stellen, dass Hitler an der Saar nicht politisch geschlagen wurde. Für eine politische und juristische Abrechnung mit dem Nationalsozialismus fehlte den gesellschaftlich schwach verankerten antifaschistischen Kräften die militärische und politische Schlagkraft. Ab 1948 wurde auf die juristische Ahndung und tiefgreifende Auseinandersetzung mit den Ursachen der deutschen Verbrechen gegen die Menschheit fast völlig verzichtet. Amnestien für sogenannte Mitläufer wurden verabschiedet. Hochrangige NS-Funktionäre wurden aus den Internierungslagern entlassen und meistens ohne Prozess aus dem Saarland abgeschoben. Die positive Antwort auf die aus der Herrschaft der angeblich von Preußen dominierten Nazis an der Saar (so die durchaus populäre saarländische Selbstentlastung) sollte der Aufbau des demokratischen Saarstaates werden, ungeachtet der politischen Haltung in den Jahren 1935 bis 1945.

Der Saarstaat übernahm die politischen Werte der Französischen Republik und war europäisch definiert. Das saarländische Staatsbürgerschaftsgesetz von 1948 brach radikal mit der deutschen Blut- und Abstammungsgemeinschaft. SaarländerIn wurde man durch Geburt im Saarland oder nach fünfjährigem



Foto: Landtag des Saarlandes

Richard Kirn, geb. 1902 in Schiffweiler, war ein saarländischer Sozialdemokrat. Am 5. Oktober 1947 wurde er in den Landtag des Saarlandes gewählt, im gleichen Jahr folgte die Ernennung zum Minister für Arbeit und Wohlfahrt. Er war bis 14. April 1951 stellvertretender Ministerpräsident im 1. und 2. Kabinett Hoffmann. Er war Mitorganisator der antifaschistischen Großkundgebung der Einheitsfront in Sulzbach, die am 26. August 1934 stattfand. Nach der Saarabstimmung 1935 floh er vor der Nazi-Repression nach Frankreich. Nach der Okkupation Frankreichs durch deutsche Truppen wurde er am 22. September 1941 von der französischen Polizei verhaftet, an Deutschland ausgeliefert und am 12. April 1943 durch den NS-Volksgerichtshof zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach zwei Jahren Haft im Zuchthaus Brandenburg-Görden wurde er am 27. April 1945 von der Roten Armee befreit und kehrte ins Saarland zurück.

Kirn war an der (Wieder)Gründung der Sozialdemokratischen Partei Saar (SPS) am 28. Oktober 1945 beteiligt, deren Vorsitzender er vom 30. Juni 1946 bis 1955 war. Er war Mitglied der Verfassungskommission des Saarlandes. Zusammen mit Johannes Hoffmann gilt Richard Kirn als Architekt des autonomen Saarlands und war das linke Aushängeschild der saarländischen Republik.

Als Arbeits- und Wohlfahrtsminister hatte Richard Kirn im Saargebiet die europaweit höchsten sozialen Standards etabliert. Nach der Saarabstimmung am 23. Oktober 1955 verließ er das Saarland und ging zum zweiten Mal ins Exil nach Frankreich.

# Neue Zeit

Organ der Kommunistischen Partei, Landesverband Saar

Nr. 149 - Jahrgang 10

Samstag, den 19. November 1955

Preis 15.- Franken

**Niederschmetterndes Urteil über Separatisten im Landtag**

## Kommunisten brandmarkten die Volksfeinde

**Abg. E. Walch: Nur Kommunisten machen konstruktive deutsche Politik - 10 Jahre separatistische völkerrechtswidrige Politik verurteilt - Abg. Weyrich zerschlug Rechtfertigungsversuche Peter Zimmers - Nicht alle Ja-Sager sind Separatisten - Chauvinisten akzeptieren Forderung der Separatisten und schließen Burgfrieden - Gesetz über einmalige Beihilfe an Rentner und Kriegsversehrte einstimmig angenommen**

Alle Genossen, Funktionäre und Referenten sind aufgefordert, an den

**Wahlkreisfunktionärkonferenzen**

am Sonntag, dem 20. 11. 1955

in Saarbrücken für den Wahlkreis I, um 9.00 Uhr, im Lokal: Zum Hirsch  
(DDR) Saargemünder Straße,  
in Dillingen für den Wahlkreis II um 9.00 Uhr im Lokal: Maurer,  
in Neunkirchen für den Wahlkreis III um 9.00 Uhr im Lokal: Müller,  
Waldsaalstraße 21.

Nach dem Sieg der Nationalisten in der Volksabstimmung vom 23. Oktober 1955 verlangt die KP Saar die Bestrafung von Hoffmann, Kirn, Levy und anderen, die sie als Volksfeinde bezeichnet.  
Quelle: Stadtarchiv Saarbrücken

Aufenthalt im Land. Die Bundesrepublik Deutschland brauchte bis 1998, um ihr keinerlei Einbürgerungen vorsehendes Staatsbürgerschaftsrecht aus dem Jahr 1913 analog den saarländischen Prinzipien von 1948 zu reformieren.

Eine fortschrittliche Sozial- und Familienpolitik und eine Bildungsoffensive, die 1948 zur Gründung der Universität des Saarlandes führte, waren auch Ausdruck dieser Aufbruchstimmung in den Jahren bis 1952. Die Ablehnung dieser Politik bis in das Jahr 1948 ist bei aller schrillen Rhetorik durch die KPS noch teilweise als moderat zu bezeichnen und als Versuch, eine gewisse saarländische Eigenständigkeit der Partei gegenüber KPD und SED zu wahren. Dies ermöglicht auch die Zusammenarbeit mit den Sozialisten und der Synagogengemeinde Saar im Rahmen der VVN.

Aber mit der Verschärfung des Kalten Krieges, der Gründung von BRD und DDR 1949 und den stalinistischen Schauprozessen in Osteuropa radikalisiert sich die Kritik der KP zur nationalistischen Fundamentalopposition gegen das autonome Saarland. Dadurch wird auch die Zusammenarbeit zwischen SPS, KPS und der Synagogengemeinde in der VVN unmöglich. Auf ihrer zentralen Gedenkveranstaltung in Saarbrücken am 17. September 1950 sind keine Vertreter der Landesregierung mehr anwesend. Der Appell von Alfred Levy, auf der Gedenkfeier adressiert an die Kommunisten, zur Einheit und zum Verzicht auf Parteipolitik bleibt wirkungslos (*Saarbrücker Zeitung* vom 18. September 1950).

## Sozialdemokraten und jüdische Gemeinde verlassen die VVN

Der Versuch der KP, durch die Verleumdung des SPS-Vorsitzenden Richard Kirn die Deutungshoheit über den antinazistischen Widerstand im Saarland zu erlangen, erreichte das Gegenteil. Am 11. Januar 1951 treffen sich 18 bekannte SPS-Politiker, darunter Kirn, Mössinger, Mildenerger und die Landtagsabgeordnete Luise Schiffgens. Es wird der organisierte Austritt aus der VVN beschlossen. Die VVN wird zu diesem Zeitpunkt von der KPS organisatorisch kontrolliert und politisch gesteuert. Die Mitglieder der KPS dominierten den Verband, sorgten für die Verbreitung der KP-Propaganda gegen die Separatisten von CVP und SPS. Es ist auch nicht möglich, den Stalinistischen Terror zu kritisieren.

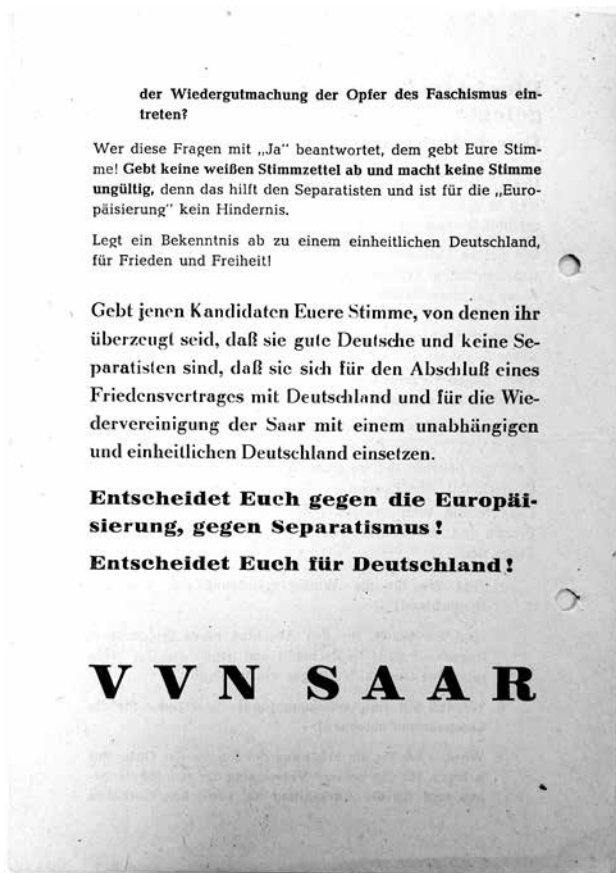
Im Zentrum der Meinungsverschiedenheiten stehen nicht die Klärung von Sachfragen und die Unterstützung der Opfer, lauten zusammengefasst einige der Kritikpunkte (Busemann, Wilfried: »Den eigenen Weg gehen«, in: Stiftung Demokratie Saarland: Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung an der Saar, Bd. 3/5. St. Ingbert: Röhrig Universitätsverlag 2013, 140).

Das Treffen endet mit dem Aufruf der SPS an ihre Mitglieder, die VVN zu verlassen (*Volksstimme* vom 20. Januar 1951). Die ehemaligen Mitglieder der VVN gründen am 9. März 1951 den »Bund der Verfolgten des Nationalsozialismus« (BVN) und wählen den ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden der

VVN, Karl Mössinger, zu ihrem Vorsitzenden. Nach fünf Monaten ist der Aufbau des BDV in allen Kreisen abgeschlossen.

Der Bruch mit der VVN wird endgültig auf dem SPS-Parteitag in Sulzbach am 21./22. April beschlossen. Die Delegierten votierten mit 400 gegen 1 Stimme, »dass künftig keine Mitglieder der SPS in der kommunistisch orientierten VVN sein dürfen« (Busemann, S. 141). Die VVN ist offiziell sehr zufrieden über den Austritt der SPS-Separatisten und der frankophilen jüdischen Mitglieder der Synagogengemeinde. Wie viele kommunistische Mitglieder wegen dieser verheerenden Politik der KPS die VVN auch verlassen haben, ist nicht bekannt. Ihre Delegierten-Konferenz Mitte Juli 1952 in Saarbrücken (*Neue Zeit* Nr. 63 vom 17. Juli 1952) ähnelt bereits einem stalinistischen Parteitag. Der

neue Vorsitzende Lauer [Anm.: Was aus Rating wurde, konnte ich nicht feststellen, E. S.] zeigte sich erfreut darüber, dass sich die VVN von den Separatisten (SPS und Synagogengemeinde) »gereinigt« habe. Diese hätten die Organisation jahrelang an einer ihrer ureigenen Aufgaben gehindert, nämlich, den Kampf gegen genau diese Separatisten zu führen. Dagegen erhob sich kein Widerspruch. Ein Höhepunkt der Veranstaltung war der Antrag, die Statuten der VVN zu ändern, um auch verfolgte »Kämpfer für die Einheit Deutschlands, den Frieden und gegen das Adenauer-Regime« aufnehmen zu können. Dieser wurde einstimmig angenommen. Zum Schluss der Konferenz verabschiedeten die VVN-Delegierten einstimmig eine Resolution, in der sie die saarländische Bevölkerung zum weiteren Kampf gegen die »Separatisten« aufriefen.



Wahlaufruf der VVN vor der Landtagswahl 1952.  
Quelle: Stadtarchiv Völklingen  
Die zitierten Zeitungen befinden sich im Bestand des Stadtarchivs Saarbrücken.